

Bericht über Septembersession 2009 des Grossen Rates

In der Septembersession 2009 hat sich der Grosse Rat mit einer Fülle von Geschäften befasst, wobei einmal mehr die Traktandenliste nur teilweise abgearbeitet werden konnte. In Anbetracht der Wahlen im nächsten Jahr nahm die Vorstossflut erneut extrem zu, wobei die SP klarer Spitzenreiter ist- mindestens was die Quantität der Vorstösse anbelangt. Leider ist auch festzuhalten, dass diesmal – zumindest mit wenigen Ausnahmen – kaum wahnsinnig Spannendes zu bereden war.

Eine Auswahl der Geschäfte der September sei hier präsentiert:

Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (1. Lesung)

Zum Auftakt der Session debattierte der Grosse Rat über eine Revision des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuern. Die eigentliche Neuerung, nämlich die Ökologisierung, war weitgehend unbestritten. Grundlage für ein sogenanntes Bonus-Malus-System soll die vom Bund eingeführte Energieetikette mit sieben Kategorien von A bis G sein. Für die saubersten Autos der Kategorien A und B sowie Elektroautos sieht die Gesetzesvorlage einen Rabatt von 60 bis 80 respektive 20 bis 40 Prozent vor; und zwar während bis zu vier Jahren. Für Autos der Kategorien C und D muss der normale Ansatz der Motorfahrzeugsteuer bezahlt werden. Für Autos der Kategorie E soll ein Zuschlag von bis zu 20 Prozent, für die Kategorien F und G ein Zuschlag von 20 bis 40 respektive 40 bis 60 Prozent erhoben werden. Diese Zuschläge werden zeitlich unbefristet erhoben. Der Zuschlag von 20 bis 40 Prozent wird auch für über 20-jährige Autos gelten, mit Ausnahme jener mit Veteraneneintrag. Die konkrete Höhe der Rabatte und Zuschläge wird der Regierungsrat per Verordnung festlegen.

Diskutiert wurde vor allem über die generelle Senkung der Motorfahrzeugsteuern und darüber, ab wann diese gelten soll. Schliesslich obsiegte die folgende Variante: Die Normalansätze für die ersten 1000 Kilogramm Gesamtgewicht des Fahrzeugs sollen um 20 Franken sinken. Das ergibt eine Entlastung von 5,6 Prozent. Und zwar nicht erst ab dem Jahr 2014 (wie von der Regierung beantragt) sondern bereits ab 2011. Die FDP stimmte natürlich der früheren Senkung zu.

FDP-Motion betreffend Echtzeitvideoüberwachung an öffentlichen Orten

Weil die SP, namentlich deren Grossrat Meyer, nicht müde wurde, in ziemlich eigenwilliger Manier der Gesetzesauslegung öffentlich zu behaupten, für die so genannte Echtzeitüberwachung fehle die gesetzliche Grundlage, reichte die FDP (Klaus Künzli) einen Vorstoss ein und verlangte eine entsprechende Präzisierung durch den Grossen Rat. Allen voran die Bürgerlichen, aber auch eine Minderheit der Grünen stellten sich hinter den Vorstoss (und unseren Polizeidirektor) und befürworteten die Echtzeitüberwachung (118 zu 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen). Chaoten und Hooligans dürften sich nicht hinter dem Datenschutz verstecken können.

Zwei weitere Motionen befassten sich mit weiteren Aspekten der Überwachung, u.a. den Bild- und Tonaufnahmen von *zivil gekleideten* Polizisten an Massenveranstaltungen. Auch diese Vorstösse überwies der Rat mit grossem Mehr.

Motion der EVP betr. Ordnungsdienstleistungen bei Sportveranstaltungen

Mit einer Motion verlangte die EVP, dass die steigenden Sicherheitskosten bei Sportveranstaltungen verstärkt nach dem Verursacherprinzip abgerechnet bzw. auf die Veranstalter überwälzt werden.

Der Regierungsrat zeigte sich bereit, sich zusammen mit den diversen Akteuren für die Ausarbeitung von Massnahmen einzusetzen, mit denen die Kosten für den

Ordnungsdienstaufwand an Sportveranstaltungen gesenkt werden können. Ausserdem unterstützte er eine möglichst verursachergerechte Weiterverrechnung der Sicherheitskosten. Der Rat überwies den Vorstoss mit 112 gegen 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die FDP war mehrheitlich dafür.

Studie über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region. Schlussbericht der Interjurassischen Versammlung (IJV) vom 22. April 2009. Erklärung des Regierungsrates

Nach einem klaren Votum zur Zukunft der interjurassischen Region fragte man den Regierungsrat bisher vergeblich. Obschon der Nachbarkanton offensiv eine „Wiedervereinigung“ des Berner Juras mit dem Kanton Jura forderte, liessen sich die Berner keine Stellungnahme entlocken. Mit der Erklärung fiel nun die Zurückhaltung: „Der Regierungsrat des Kantons Bern ist ganz klar der Auffassung, dass der Verbleib des Berner Juras im Kanton Bern die beste aller Lösungen ist“, schreibt er. Diese Meinung wird auch von der FDP geteilt.

Motion von Sylvain Astier (FDP) betr. Einbindung des Amtsbezirks Biel in die Arbeiten der Interjurassischen Versammlung

Mit einer Motion verlangte die FDP vom Regierungsrat, die entsprechenden Massnahmen zu treffen, damit der zweisprachige Amtsbezirk Biel in die Arbeiten der IJV eingebunden wird. Die Motion wurde mit 120 zu 0 Stimmen überwiesen; die vier Separatisten enthielten sich.

Motion Pauli (BDP) betr. Stopp dem Anstieg der Krankenkassenprämien

Mittels Motion wollte Daniel Pauli den Anstieg der Krankenkassenprämien stoppen (wer will das nicht?). Pauli ersuchte den Regierungsrat, ab 1. Januar 2010 nur noch Spitäler auf der Spitalliste aufzuführen, die bereit seien, jenen Leistungsvertrag zu unterzeichnen, der seit einigen Jahren als Steuerinstrument für die regionalen Spitalzentren angewendet werde. Teile der Bürgerlichen, mitunter die FDP, befürchteten eine (wohl beabsichtigte) Ungleichbehandlung von privaten und öffentlichen Spitälern und lehnte den Vorstoss ab. Der Regierungsrat wollte ebenfalls nur ein Postulat. Der Rat folgte ihm schliesslich.

Gesetz über den Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen (2. Lesung)

Mit der Einführung einer Schuldenbremse für die Investitionsrechnung im Jahr 2008 wurde neben der Defizitbremse (neu: Schuldenbremse für die laufende Rechnung) ein zusätzliches Instrument zur Beschränkung des staatlichen Ausgabengebarends eingeführt. Gemäss Abstimmungsbotschaft vom 24. Februar 2008 an die Stimmberechtigten soll die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung bewirken, dass der Kanton seine Nettoinvestitionen mittelfristig zu 100 Prozent mit eigenen Mitteln (also ohne Fremdkapital) finanziert. Die Nettoinvestitionen müssen nicht jedes Jahr, sondern über den Zeitraum von vier Jahren vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die mittelfristige Perspektive erlaubt es dem Kanton, sich in finanzpolitisch schwierigen Zeiten ausnahmsweise zu verschulden, um Investitionen zu tätigen. Sanktionsinstrumente (Kompensationsregeln) sorgen dafür, dass der kantonale Haushalt trotzdem auf Kurs bleibt, Abweichungen von der Zielgrösse möglich sind, aber die Ausnahme bleiben. Die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung gelangt nur zur Anwendung, wenn die Schuldenquote über 12 Prozent liegt.

Der vorliegende Gesetzesentwurf bezweckt nun, die Verfassungsbestimmungen über die Schuldenbremse inhaltlich abzuändern. Die Regierung erklärt dazu ausdrücklich, es sei ein Problem dass „positive Rechnungsabschlüsse mit Blick auf die Schuldenbremse nicht angerechnet werden könnten, d.h. nicht angespart werden könnten“.

FDP, SVP und EDU sprachen sich in der ersten Lesung gegen den neuen Fonds aus und unterlagen. Ihre 3 Hauptargumente gegen die Vorlage waren: 1. Der Gesetzesvorschlag widerspreche der Kantonsverfassung 2. die bisherigen Bestimmungen genügten und 3. es fehlten ausführungsfähige Projekte. Nachdem nun in einem universitären Gutachten die Verfassungsmässigkeit der Vorlage bejaht wurde, bröckelte in der 2. Lesung die Opposition gegen das Gesetz – teilweise auch innerhalb der FDP-Fraktion - zusehends. Der Rat stimmte schliesslich mit 94 zu 45 Stimmen zu.

Verschiedene Motionen zur Entlastung der Lehrpersonen fürs Lernen der Fremdsprachen

An der bernischen Volksschule wird ab 2011 definitiv ab der 3. Klasse Französisch unterrichtet. Forderungen von CVP und SVP, das Projekt „Passepartout“ sei um Jahre aufzuschieben, verwarf der Grosse Rat wuchtig. Die FDP unterstützte die Einführung des Frühfranzösisch ab 2011 auch mit dem Hinweis, dass die Weiterbildung der Lehrpersonen gestartet sei, und zwar erfolgreich.

Motion von SP/JUSO betr. Volksschule ohne Selektion

Der Grosse Rat lehnte mit den Stimmen der FDP einen Vorstoss mit 99 zu 36 Stimmen klar ab, mit welchem die SP/JUSO-Fraktion den Weg für eine Volksschule ohne Selektion ebnen wollte. Die Sozialdemokraten erhielten bloss von einem Teil der Grünen Unterstützung.

Der Erziehungsdirektor versuchte im Rat die Bedeutung der Selektion herabzumindern. Viele Elemente trügen dazu bei, dass ein Schulsystem erfolgreich sei. Die Wissenschaft sei sich nicht immer einig bezüglich der Auswirkungen einer selektionsfreien Schule auf die Schüler.

Mehr Unterstützung als die SP erhielt Corinne Schärer (Grüne) für ihr Postulat, mit dem sie den Regierungsrat aufforderte, integrative Schulmodelle zu fördern und dafür Anreize zu schaffen.

Diesem Prüfungsauftrag an die Regierung stimmten etwa die EVP und die CVP zu, welche die SP-Motion noch abgelehnt hatten. Mit dem Stichentscheid der Ratspräsidentin Chantal Bornož Flück (SP) überwies der Rat (u.a. gegen die Stimmen der FDP) das Begehren mit 71 zu 70 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Umfahrung Saanen. Zusatzkredit

Die gesamten Mehrkosten für die Umfahrung Saanen betragen über 4 Millionen Franken. Sie gründen vor allem auf mangelndem Deponieraum für das Aushubmaterial. Die Gemeinde trägt einen Teil von 1,1 Millionen Franken. Der Grosse Rat überwies den Zusatzkredit zähneknirschend mit 84 zu 9 Stimmen bei 13 Enthaltungen.

Motion Stalder/Flück (FDP) betr. Gemeindefusionen

Mit einer Motion verlangten die Freisinnigen, dass die Bestandesgarantie der Gemeinden durch eine Aenderung der Kantonsverfassung in speziellen Fällen (leicht!) gelockert wird.

Die FDP hatte ihre Vorstellungen dazu bereits in einer Planungserklärung zum Projekt FILAG 2012 (Januarsession 2009) konkretisiert und nun noch mit einer Motion verstärkt. Ein ähnlicher Vorstoss wurde auch von der SP eingereicht.

So soll der Grosse Rat beispielsweise eine Fusion dann anordnen können, wenn bei einem Projekt mit mehr als zwei Gemeinden eine einzelne Gemeinde die Fusion ablehnt, die Mehrheit der Gemeinden und der Stimmberechtigten dem Zusammenschluss hingegen zugestimmt haben. Oder dann, wenn eine Gemeinde nicht überlebensfähig ist. Die Vorstösse wurden vom Grossen Rat (ausser von der SVP) unterstützt.

Postulat Zumstein (FDP) für Höhere Abzüge für Mehrkosten durch Drittbetreuung

Mittels Postulat von freisinniger Seite wird der Regierungsrat ersucht, im Hinblick auf die Steuergesetzesrevision 2011 höhere Abzüge für nachgewiesene Mehrkosten für Drittbetreuung zu prüfen.

Der Vorstoss wurde zwar überwiesen. Jedoch dürfte die Forderung im Rahmen der anstehenden Gesetzesrevision kaum erfüllt werden, da die Abzüge bereits in der letzten Revision verdoppelt worden sind (von CHF 1'500 auf 3'000.--) und der Kanton Bern punkto Familienbesteuerung im Vergleich mit anderen Steuerkategorien (z.B. Alleinstehenden) eher besser dasteht.

Personelles: Corinne Schmidhauser neu in der Oberaufsichtskommission

Corinne Schmidhauser wird für die FDP den neu hinzugewonnenen Sitz in der OAK besetzen. (aufgrund des Proporz innerhalb des Parlamentes bzw. als Folge eines Nachrutschens eines BDP-Parlamentariers auf einer seinerzeitigen SVP-Liste gewann die FDP einen 3. OAK-Sitz hinzu). Wir gratulieren herzlich zur Wahl.